Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 3 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif. Kleinste von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. [illegible] Sonn- und Feiertage [illegible] Pfg. [illegible] Nummern nach Sonn- und Feiertagen [illegible] Belegexemplare kostet 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15 empfiehlt in grosser Auswahl Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Masken- u. Theatergarderoben-Verleih-Institut Max Jacobi Nachf. E. Müller & Co. Dresden-A., Galeriestrasse 22 24 ✱ Fernsprecher: No. 8603 ältestes und anerkannt gediegenstes Geschäft dieser Branche halten sich bei Bedarf bestens empfohlen. Grösste Auswahl. Zivile Preise. Katalog gratis und franko.

Kein Laden! **Meissner Porzellan.** Spezialität: Blaues Zwiebelmuster aus der Fabrik Ernst Teichert, sowie II. Wahl der Manufaktur Meissen. R. Gerasch, Dresden-N., Schönfelder Strasse 13, I. Kein Laden!

Mutter Anna- **Blutreinigungstee** Paket 1 Mark, nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna". Versand nach auswärts. Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor, und in den meisten Apotheken Sachsens.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

Nr. 17. Spiegel: Massendemonstrationen. Hofnachrichten. Sechsuhrschluß bei Fruchtbringerkammer. Landtagsverhandlungen. Gerichtsverhandlungen. Präsidentenwahl. Graf Hülsen. Tagebuch des Hoftheaters. | Mutmaßl. Witterung: Mild, veränderlich. | **Freitag, 19. Januar 1906.**

Die Massendemonstrationen

am kommenden Sonntag, die in erster Linie eine Kundgebung zugunsten des allgemeinen und gleichen Landtagswahlrechts und daneben ein Sympathieausdruck für die russischen Revolutionäre sein sollen, haben in Hamburg bereits am Mittwoch ein blutiges Vorspiel gehabt, das indessen wegen der von der Behörde bewiesenen Energie wohl weniger aufreizend als vielmehr abkühlend auf die zur Propaganda der Tat geneigten Gelüste der Anhänger der Umsturzpartei wirken dürfte. Bezeichnend für das doppelzüngige und verlogene Spiel der sozialdemokratischen Führerschaft ist der Umstand, daß in eben dem Maße, wie der „Tag der Entscheidung" näher rückt, die „leitenden Stellen" sich in allen möglichen Tonarten der Abwiegelung gefallen und die Geister, die sie rufen, wieder zu bannen suchen. So enthält das vom sozialdemokratischen Parteivorstande für die 80 gleichzeitigen Berliner „Protestversammlungen" herausgegebene Flugblatt von der ursprünglichen Absicht, die Agitation auf die Straße hinauszutragen, überhaupt kein Wort. Ferner hat die lokale Parteileitung in Breslau den ausdrücklichen Beschluß gefaßt, den „Genossen" nach Schluß der Versammlungen am Sonntag zu empfehlen, sich jeder weiteren Ansammlung auf den Straßen zu enthalten und unauffällig nach Hause zu gehen, und endlich kommt der Parteivorstand noch in letzter Stunde mit einem Aufrufe heraus, worin er zur Unterlassung jeder Straßendemonstration und zum willigen Gehorsam gegen die von der Behörde getroffenen Anordnungen auffordert. Das ist also ein ganz augenfälliger Rückzug, der nach üblicher sozialdemokratischer Manier dadurch zu beschönigen versucht wird, daß man nebenher von „Gelüsten der Scharfmacher" faselt, die das „arbeitende Volk" mit Gewalt zu Ausschreitungen treiben wollten, um „den Säbel hauen und die Flinte schießen" zu lassen. Die „Genossen" werden deshalb ermahnt, „sich nicht provozieren zu lassen", von wem und welcher Seite es auch sei.

Um zunächst einmal die ganze Verlogenheit des Gebarens zu kennzeichnen, die in den systematischen Versuchen liegt, die Partei des Umsturzes bei der Sache als das harmlose Karnickel hinzustellen, die bürgerliche Gesellschaft dagegen als den blutrünstigen gewissenlosen Wolf, der jenes beschuldigt, „angefangen" zu haben, um einen Vorwand zu besitzen, es zu zerreißen, so muß daran erinnert werden, in wie beispielloser Weise die sozialdemokratische Presse zuerst überall die Gemüter aufgehetzt hat. Unter den zahllosen Stilproben dieser Art möge hier als typisches Beispiel mitgeteilt sein, wie das Mehringsche Leiborgan in Leipzig zum gewaltsamen Widerstande, zum Straßenaufruhr mit nackten Worten zu hetzen sich nicht entblödete: „Schreien wir am Sonntag alle die namenlose Erbitterung, alle Empörung und Wut des gebudelten und gebüttelten Sachsenvolkes den Herrschenden ins Ohr! Gellend erschalle vielhundertfaufendstimmig der Schrei des mißhandelten und mit Füßen getretenen Rechts. Früher darf und wird keine Ruhe in Sachsen herrschen, bis die Bastionen dieses krassesten aller Unrechte zerstört sind, bis die Schmach des Geldsackwahlrechts mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist. Darum hinein in den Kampf. Auf zu den Massenkundgebungen des kommenden Sonntags!" Aehnlich lauteten die revolutionären Heroldrufe in der gesamten „zielbewußten" sozialdemokratischen Presse Deutschlands, bis die Verspritzer des Giftes seiner Wirkung sicher zu sein glauben durften. Da mit einem Male ergeht der Ruf zur Mäßigung von eben der Stelle, die noch in der Minute vorher in der wildesten und gewissenlosesten Aufreizung sich nicht genug tun konnte. Was hat diesen plötzlichen Umschwung bewirkt? Etwa ein innerer Gesinnungswechsel, eine wirkliche Mäßigung der Anschauungsweise? Das anzunehmen, wird wohl selbst der hartnäckigste bürgerliche Anhänger der Mauserungstheorie nicht naiv genug sein. Wir haben vielmehr in der Tatsache, daß die parteioffizielle Sozialdemokratie in Sachen der Massendemonstrationen jetzt plötzlich Leine zieht, offenbar in erster Linie die Wirkung des energischen Verhaltens der staatlichen Behörden gegenüber den Planungen der Umsturzpartei zu erblicken, denen namentlich durch die in Dresden und Leipzig erlassenen Versammlungsverbote ein starker Strich durch die Rechnung gemacht worden ist. Außerdem aber erweckt das ganze Verhalten unwillkürlich den Eindruck, als ob man vor einer maßlosen Heuchelei der sozialdemokratischen Führerschaft stände, indem diese, nachdem die Sache anfängt brenzlich zu werden, Chamade schlägt und äußerlich zur Ruhe mahnt, während sie sich insgeheim schadenfroh die Hände reibt, weil sie nur zu sehr überzeugt ist, daß die dauernde zersetzende Wirkung der so intensiv betriebenen Hetze auf die Massen nicht ausbleiben wird, auch wenn es am Sonntag ohne schwere Zusammenstöße abgeht. Sollte es aber dennoch zu ernsthaften Weiterungen kommen, so würden die Führer flugs bereit sein, ihre Hände in Unschuld zu waschen und zu erklären: „Wir wissen uns frei von aller Verantwortung. Haben wir doch gewarnt und abgemahnt. Warum hat man auf unsere Stimme nicht gehört!" Ein so widerwärtiges Pharisäertum ist unseren modernen Jakobinern nur zu sehr zuzutrauen.

Jedenfalls kann die bürgerliche Gesellschaft aller Orten mit vollkommener Ruhe dem kommenden Sonntage entgegensehen. Wenn die sozialdemokratische Presse geflissentlich die Großmannssucht ihrer Verbündeten dadurch anzustacheln sucht, daß sie der Meinung Vorschub leistet, das Bürgertum habe „Angst" vor dem Sonntag, so ist das eine jener vielfachen gewissenlosen Verdrehungen und Unwahrheiten, womit die Partei des Umsturzes zu arbeiten pflegt. Die staatserhaltenden Kreise fordern lediglich ihr gutes Recht von der Regierung, und dieses besteht darin, daß vorsorglich alle Maßnahmen getroffen werden, um jedwede ernstliche Störung der öffentlichen Ordnung hintanzuhalten. Auf demselben Standpunkt haben sich auch die verbündeten Regierungen mit einer dankenswerten Bereitwilligkeit und Umsicht gestellt. Nicht genug, daß militärische und polizeiliche Hilfe, insbesondere in der Reichshauptstadt, in ausgiebigem Maße zur Gebote steht, wird auch das Beispiel der sächsischen Strafjustiz, die mit ihrer prompten und strengen Aburteilung der früheren Aufwiegler vorbildliche Arbeit getan hat, von dem folgenden preußischen Nachbarstaate im vollen Umfange nachgeahmt werden. Darüber lassen die Erklärungen des neuen preußischen Justizministers Dr. Beseler in der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses keinen Zweifel.

Besorgnisse ernster Art wären in bürgerlichen Kreisen nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn entweder die bestehenden Gesetze nicht ausreichten oder die Regierungen nicht den festen Willen hätten, ihre Macht zur strengen Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze unerbittlich zur Geltung zu bringen. Weder das eine ist aber der Fall noch das andere; denn auch darüber, daß der gegenwärtige gesetzliche Zustand genügt, um allen umstürzlerischen Bestrebungen ein Paroli zu bieten, ergab sich in der bereits erwähnten Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses auf bürgerlicher Seite eine erfreuliche Uebereinstimmung. Nur ein einziger konservativer Redner glaubte ein neues Sozialistengesetz fordern zu müssen. Im übrigen aber fanden sich die Konservativen und Nationalliberalen mitsamt dem Zentrum auf dem Boden der auch von der Regierung vertretenen Auffassung zusammen, daß zur wirksamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Ausschreitungen die vorhandenen Gesetze genügen. Soweit bei jener Gelegenheit gleichzeitig die preußische Wahlrechtsfrage angeschnitten wurde, zeigte sich ungefähr dasselbe Bild, wie bei uns in Sachsen: alle Parteien, mit Ausnahme des rechten Flügels der Konservativen, sind einig über die Verbesserungsbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechts, und es liegen auch bereits mehrfache, darauf gerichtete Anträge vor. Das Eine jedoch ist hundsicher, daß die auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach reichstäglichem Muster gerichtete sozialdemokratische Agitation in Preußen ebensowenig Erfolg haben wird wie bei uns in Sachsen, weil die staatserhaltende Mehrheit des preußischen Landtags nie und nimmer ihr Placet zu einem Wahlrecht geben wird, das von der Sozialdemokratie als „die in gesetzliche Formen gebrachte, unseren Kulturauffassungen entsprechende, ununterbrochen wirkende, organische Revolution" und als „die höchste zusammenfassende Form des Klassenkampfes" gefeiert und in diesem Sinne bis zum äußersten ausgebeutet wird. Ueberdies muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß von der Entrechtung, über die sich die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts beschwert, in noch viel höherem und ausgeprägterem Grade die gebildeten und besitzenden Klassen im Zeichen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts betroffen werden. Die bis auf eine Ausnahme dem roten Banner folgende Reichstagsvertretung Sachsens bildet dafür ein drastisches Beispiel. Wenn trotzdem die Sozialdemokratie in ihrer ultraradikalen Wahlagitation noch von gewissen bürgerlichen freisinnigen Elementen à la Theodor Barth unterstützt wird, der es selbst angesichts der jetzt geschaffenen Lage noch wagt, von „Märtyrern des Klassenwahlrechts" zu sprechen, „die des Mitgefühls aller anständig Denkenden sicher sein dürfen", so weiß man schlechterdings nicht mehr, wie man eine solche Gesinnungslosigkeit noch in parlamentarischer Form kritisieren soll, und es erscheint nur zu begreiflich, daß der preußische Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, mit unverkennbarer Bitterkeit auf die Erschwerungen hinwies, die der Regierung und den staatserhaltenden Parteien im Kampfe wider den Umsturz durch diese Art von „freisinniger" Quertreiberei in Wort und Schrift bereitet werden. Durch die von jener Seite beliebten maßlos übertriebenen Angriffe auf das geltende Wahlrecht wird tatsächlich nur Wasser auf die agitatorischen Mühlen der Sozialdemokratie geleitet, und es bewährt sich auch hier wieder die alte Erfahrung, daß der waschechte Freisinn nichts als eine Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. Aehnlichen Verhältnissen begegnen wir in der Zweiten sächsischen Kammer; man braucht nur andere Namen einzusetzen.

Von dem winzigen Häuflein der im Doktrinarismus versteinerten Freisinnsmänner und anderer Linksliberaler abgesehen, steht indessen die gesamte bürgerliche Welt der sozialdemokratischen Herausforderung, wie sie durch die Massenversammlungen und Straßendemonstrationen am kommenden Sonntage geplant ist, mit erfreulicher Ruhe und Geschlossenheit gegenüber. Durch die behördlichen Maßnahmen ist ausreichend dafür gesorgt, daß etwaige Ausschreitungen sofort im Keime erstickt werden können. Somit bleibt nur noch zu wünschen, daß diejenigen, die trotzdem Lust verspüren, auf die Straße zu ziehen, sich angemessen verhalten, damit sie nicht hinterher das bittere Lied von den Polizisten und den Gerichten zu singen brauchen, von denen die einen sich für jeden Fall in sicherer Schußweite halten, während die anderen mit ihrem Leibe und mit schweren Kerkerstrafen büßen müssen, was eigentlich jene gesündigt haben und wohin die Hetzer und Aufwiegler trotz aller scheinheiligen Friedensbeteuerungen die volle und ungeschmälerte moralische Verantwortung trifft.

Neueste Drahtmeldungen vom 18. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Haus ist nur mäßig besetzt. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Vorlage betr. Reichsgarantie für eine Eisenbahn von Duala nach den Manengeba-Bergen im Kamerungebiet. Erbprinz Hohenlohe-Langenburg teilt das jetzt eingegangene Urteil gegen die Akwa-Häuptlinge mit. Das Oberhaupt, König Akwa, ist wegen verleumderischer Beleidigungen, sowie wegen Beleidigungen nach §§ 185 bezw. 187 des Strafgesetzbuches zu 9 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Ein anderer Häuptling erhielt wegen der gleichen Vergehen 7 Jahre und eine ganze Reihe anderer ebenfalls 1 bis 2½ Jahre Gefängnis mit Zwangsarbeit. Die Bestätigung der Urteile ist noch nicht erfolgt. Das genaue Protokoll der Verhandlungen liegt noch nicht vor. Sobald es eingetroffen ist, wird es als Grundlage für eine gewissenhafte Nachprüfung dienen. Zum 1. Februar erwarten wir das Eintreffen des Gouverneurs v. Puttkamer. Sobald das gesamte Material vorliegt, sollen der Kommission eingehende Mitteilungen gemacht werden. Es liegt uns ferner ein Bericht aus Kamerun vor, der besagt, daß die Verhältnisse dort keineswegs völlig ruhig seien und daß eine Gefahr für die deutsche Herrschaft in Kamerun nicht ausgeschlossen sei. (Bewegung.) Um so mehr hat sich die Regierung gefragt, daß sie in ihren Maßnahmen aus Anlaß jenes Urteils sehr vorsichtig sein müsse. Wenn man den Häuptlingen sofort die Freiheit gegeben hätte, so würde das in Kamerun als ein Mißtrauensvotum gegen den Gouverneur und den Richter aufgefaßt worden. Auch der Abberufung des Gouverneurs standen Bedenken entgegen; trotzdem habe ich mich dazu entschlossen, weil ich wollte, daß möglichste Klarheit geschaffen werde. Ich will mich nicht dem Vorwurfe aussetzen, als hätte ich gegenüber den vielen von dort gekommenen Anklagen und Beschwerden untätig. Ich hoffe, daß der Gouverneur, der sich in langjähriger Tätigkeit Verdienste erworben hat, in der Lage sein wird, sich zu rechtfertigen. Zur Vorlage bemerkt Redner, in Gegenwart sei der Bau in Südwestafrika, deren Notwendigkeit er neulich mit militärischen Rücksichten begründet habe, lagen für die Kamerunbahn wirtschaftliche Gründe vor. Aber es werde nach erfolgtem Bau der Bahn allerdings auch viel leichter sein, Unruhen dort entgegenzutreten; man werde die vorhandenen militärischen Kräfte leichter von einem nach einem anderen Punkte werfen können. Er bitte, der Vorlage zuzustimmen, durch welche ein zukunftsreiches Schutzgebiet erst so recht dem Verkehr erschlossen werde. — Abg. Erzberger (Zentr.) sieht in dem Urteil gegen die Akwa-Häuptlinge einen klassischen Fall von Kolonialbureaukratismus. Gerade solche Urteile seien geeignet, zum Aufstande zu reizen. Der Vorlage stimmten seine politischen Freunde zu. Schließlich wiederholt Redner seine Vorwürfe gegen die Kolonialverwaltung, daß diese dem Reichstage über die Verhandlungen mit dem ersten Kamerunbahn-Syndikat nicht genügend und rechtzeitig reinen Wein eingeschenkt habe. — Erbprinz Hohenlohe konstatiert einer Bemerkung des Vorredners gegenüber, er habe nicht sagen wollen, daß in irgend einem bestimmten Gebiete von Kamerun ein Aufstand bereits drohe, er habe nur hinweisen wollen auf eine allgemeine herrschende Erregung, die wir nicht unbeachtet lassen dürften. Wachsamkeit sei nötig. — Geh. Legat.-Rat Helfferich erwidert Erzberger, das Syndikat habe Arbeit und Geld auf die Sache verwendet gehabt, habe also eine Entschädigung beanspruchen dürfen. Von einer absichtlichen Verschweigung irgend eines wesentlichen Punktes i. R. in der Kommission sei nicht die Rede. — Abg. Semmler (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage; die über die Häuptlinge verhängten hohen Strafen billigen sie nicht. Die Bahn müsse übrigens noch weiter ins Hinterland hineingebaut werden. Zur Entwicklung des Schutzgebietes brauchten wir ein großes Kapital, und es sei deshalb bedauerlich, wenn hier im Reichstag, wie es von Erzberger geschehen, gegen das Kapital losgegangen werde, so daß diesem die Freude an der Beteiligung der Kolonialunternehmungen genommen würde. Wie könne man es dem Kapital verdenken, wenn es für Vorarbeiten eine doch immerhin kleine Entschädigung beanspruche? — Abg. Ledebour (Soz.) bezeichnet es als ein unverantwortliches Verfahren des früheren Kolonialdirektors Dr. Stübel, daß er die Beschwerde über Puttkamer diesem selbst zur Berichterstattung überwiesen habe. Auch das jetzige Verhalten der Verwaltung sei nicht einwandfrei; denn daß das unglaublich harte Urteil gegen die Häuptlinge auf einen schweren Amtsmißbrauch hinauslaufe, werde doch auch dem jetzigen Kolonialleiter klar sein. Wie konnte der Richter wegen Beleidigung auf 9 Jahre Zwangsarbeit erkennen? Das sei so offenbar Rechtsbruch, und da hätten die Häuptlinge unbedingt sofort in Freiheit gesetzt und mit dem Gouverneur auch der Richter abberufen werden müssen. Redner stimmt gegen die Vorlage. — Abg. v. Richthofen (kons.) bezweifelt, daß Ledebour, wenn er die Afrikareise mitgemacht hätte, über das Kamerungebiet so gesprochen haben würde, wie er es getan. Was die Akwahäuptlinge anlange, so habe jedenfalls bei Beschwerden auch der Instanzenweg eingehalten werden müssen. Das Urteil gehe vielleicht zu weit, aber da der Gouverneur ja in kurzer Zeit hier eintreffe, sei es zu rechtfertigen, wenn man die Häuptlinge noch auf so kurze Zeit in Haft ließe. Weiter tritt Redner für die Vorlage ein. — Abg. Lenzmann